

Strategien zum Umgang mit hormonell wirksamen Agrarchemikalien



PROJEKTPARTNER

Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE)
Dr. Florian Keil (Projektleitung)
Hamburger Allee 45, 60486 Frankfurt am Main
Tel.: (069) 707 69 19-39, E-Mail: keil@isoe.de

Universitätsklinikum Freiburg
Institut für Umweltmedizin und Krankenhaushygiene
Prof. Dr. Klaus Kümmerer
Breisacher Straße 115 B, 79106 Freiburg

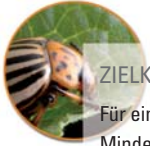
Goethe-Universität Frankfurt am Main
Institut für Ökologie, Evolution und Diversität
Prof. Dr. Jörg Oehlmann
Siesmayerstraße 70, 60054 Frankfurt am Main

Büro für Agrar- und Regionalentwicklung
Dr. Andrea Fink-Keßler
Tischbeinstraße 112, 34121 Kassel

www.start-project.de

Fotos: www.fotolia.de





ZIELKONFLIKT

Für ein hohes landwirtschaftliches Ertragsniveau ist ein Mindesteinsatz von Chemikalien zum Tier- und Pflanzenschutz unverzichtbar. Dem gesellschaftlichen Interesse am Einsatz von Agrarchemikalien stehen aber mögliche Gefährdungen von Mensch und Umwelt gegenüber. Chemikalien, die auf das Hormonsystem von Lebewesen wirken können, werden dabei besonders kritisch diskutiert. Welche Maßnahmen für einen vorsorgenden Umgang mit solchen Stoffen geeignet sind, ist aktuell stark umstritten. Denn Anwendungsinteresse und Schutzanforderungen bilden einen Zielkonflikt, in dem rein rechtliche Lösungsansätze an ihre Grenzen stoßen. Ausgangspunkt des Forschungsprojekts ist daher die Frage: Mit welchen Strategien zum Umgang mit hormonell wirksamen Agrarchemikalien kann die gesamte Breite von Handlungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden?



BRENNPUNKT HORMONELLE WIRKSAMKEIT

In der Europäischen Union werden pro Jahr mehr als 200.000 Tonnen Pflanzenschutzmittel ausgebracht – etwa 30.000 davon allein in Deutschland. Ein Teil der Mittel gelangt über den Boden und die Luft oder über die Pflanze selbst in die Nahrungskette und in den Wasserkreislauf. Welche der über 300 verschiedenen, derzeit auf dem europäischen Markt zugelassenen Wirkstoffe das Hormonsystem von Lebewesen stören können, ist heute strittig. Denn aussagekräftige, allgemein akzeptierte, ökotoxikologische Testverfahren fehlen bisher. Dabei sind die möglichen Gefahren beträchtlich. Neue Forschungsergebnisse erhärten beispielsweise den Verdacht, dass das vermehrte Auftreten hormonell wirksamer Chemikalien in der Umwelt und die beobachtete Zunahme von charakteristischen Störungen im Fortpflanzungs-, Nerven- und Immunsystem von Mensch und Tier zusammenhängen.



WISSENSGRENZEN

Welche Risiken für die Nahrungsmittel- und Trinkwasserversorgung, Ökosysteme und die menschliche Gesundheit tatsächlich bestehen, lässt sich wissenschaftlich heute jedoch kaum sicher abschätzen. So sind Menschen und Tiere in ihrer Umwelt einem ganzen Cocktail von Chemikalien ausgesetzt. Nach heutigem Wissensstand können sich negative Effekte – wie eben Störungen des Hormonsystems – dabei aufsummieren. Wie solche Gemischwirkungen in der Risikoabschätzung von Agrarchemikalien berücksichtigt werden können, ist aber derzeit noch unklar. Angesichts dieser unsicheren Wissensbasis wird eine Güterabwägung im Zweifelsfall abhängig von den Bedürfnissen, Interessen und Wertvorstellungen der unterschiedlichen Anspruchsgruppen. Starre Regelwerke können diese sich ständig wandelnde, Konflikt beladene Situation aber kaum angemessen auflösen.



VORSORGE DURCH KOOPERATION

Kooperative Handlungsstrategien können die Vorsorge im Umgang mit hormonell wirksamen Agrarchemikalien entscheidend stärken. Damit ein solcher Ansatz erfolgreich sein kann, müssen den beteiligten gesellschaftlichen Gruppen jeweils eigene Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. In *start₂* werden dazu die Handlungsfelder „Wirkstoffentwicklung“, „Umgang mit Agrarchemikalien“ und „Technisches Emissionsmanagement“ untersucht. Befragungen von Landwirtinnen und Landwirten zu ihren Erfahrungen im betrieblichen Umgang mit Agrarchemikalien und den derzeit gültigen rechtlichen Regelungen sowie Expertendialoge zwischen Vertreterinnen und Vertretern der landwirtschaftlichen Praxis, Beratung und Verwaltung, der chemischen Industrie, der Wasserwirtschaft, der Umwelt- und Verbraucherverbände und der Behörden sichern die Praxisrelevanz der Ergebnisse.